



Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.

Klingelhöferstraße 4
10785 Berlin

Verantwortlich:
Alexander Nothaft
Leiter Kommunikation

Telefon [030] 59 00 91-523
Telefax [030] 59 00 91-501
E-Mail: nothaft@vdpb.de
www.bausparkassen.de
Twitter: @Verband_VdPB

Postfach 30 30 79
10730 Berlin

Pressemitteilung

Berlin, 25. Mai 2022

Nr. 8/2022

Ohne Bauwende keine Klimawende

- Trendstudie zum Thema „Klimaneutralität bis 2045 – Wie werden wir in Zukunft bauen und wohnen?“

Die notwendige Klimawende lässt sich nur mit einer Bauwende erreichen. Die Herausforderungen sind riesig – auch unter finanziellen und sozialen Aspekten. Wie schaffen wir die Bauwende? Wie bleibt Klimaschutz im Gebäudebereich bezahlbar? Und wie kann die Motivation der Bürger, hier voranzugehen, gestärkt werden? Von der jetzt vorliegenden Trendstudie des Instituts für Zukunftspolitik Berlin im Auftrag des Verbands der Privaten Bausparkassen soll ein Impuls für die öffentliche Debatte ausgehen. Ihr liegt eine repräsentative Umfrage durch das Forsa-Institut zu einzelnen Aspekten wie Energiekosten, Sanierungsmaßnahmen und Förderprogrammen zugrunde.

„Ohne eine Bauwende gibt es keine Klimawende“. Das erklärte der Vorstandsvorsitzende des Verbands der Privaten Bausparkassen, Bernd Hertweck, bei der Vorstellung der Trendstudie. „Das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 erreichen wir nur, wenn wir das Sanierungstempo im Gebäudesektor stark beschleunigen.“ Für Wohneigentümer und Mieter habe die Bauwende gravierende Folgen. „Umso wichtiger ist es“, so

Hertweck, „dass wir sie auf diesem Weg mitnehmen.“ Ökonomie, Ökologie und Sozialverträglichkeit müssten zusammen gedacht werden.

Sorgen vor finanzieller Überforderung

Eine repräsentative Umfrage des Forsa-Instituts zeigt, dass sich 42 Prozent der Deutschen vor einer finanziellen Überforderung durch steigende Energiepreise fürchten. Bei Beziehern niedriger Einkommen sind es sogar 66 Prozent. Eine Mehrheit (51 Prozent) ist deshalb der Meinung, dass Wohneigentümer, Mieter und der Staat die durch energetische Sanierungsmaßnahmen entstehenden Kosten tragen sollen. Bei der Sanierungspflicht ist Deutschland gespalten: 45 Prozent unterstützen sie; 49 Prozent lehnen sie ab. Die Befürworter fordern dabei aber eine ausreichende Übergangszeit (84 Prozent) und einen sozialen Ausgleich (81 Prozent).

Hohe Bereitschaft zu energetischen Sanierungsmaßnahmen

Die Bereitschaft zu energetischen Sanierungsmaßnahmen ist groß. 70 Prozent der Wohneigentümer planen solche für die nächsten Jahre. Von ihnen setzen 80 Prozent auf Photovoltaik und Solarthermie. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um Versorgungssicherheit ist es zu verstehen, dass für mittlerweile 79 Prozent der Wohneigentümer beim Kauf einer neuen Heizungsanlage eine sichere Energieversorgung sehr wichtig ist – und für 20 Prozent immerhin wichtig. Für gut zwei Drittel der Befragten (69 Prozent) bleibt eine staatliche Förderung für den Einbau wichtig.

Förderprogramme oft unbekannt

Die zahlreichen Förderprogramme zu Energieeffizienz und Energiesparen sind den Deutschen jedoch kaum bekannt. Nur jeder Vierte (27 Prozent) fühlt sich sehr gut oder gut informiert, mehr als zwei Drittel (69 Prozent) fühlen sich schlecht informiert. Der geringe Kenntnisstand geht mit der Tatsache einher, dass wiederum mehr als zwei Drittel (70 Prozent) ihre Heiz- und Stromkosten nicht oder nur ungefähr kennen.

Im Rahmen dieser Trendstudie wurden Interviews mit Experten des Naturschutzbundes (NABU), der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB), der Architektenkammer Baden-Württemberg, und der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen geführt, um auch Aspekte wie „Balance aus Verdichtung, Lebensqualität und Umweltschutz“ oder „Nachhaltige Baustoffe und Kreislaufwirtschaft“ und „Potenziale für Stadt und Land“ beleuchten zu können. Sie ist abrufbar unter www.bausparkassen.de/daten-fakten/studien/